

Die Zivilgesellschaft
Nordafrikas und des
Nahen Ostens und ihre Rolle
im Arabischen Frühling

Corinna Korn

01.4/2014

Corinna Korn

Die Zivilgesellschaft Nordafrikas und des Nahen Ostens und ihre Rolle im Arabischen Frühling

Die Seminararbeit untersucht, welchen Anteil die Zivilgesellschaft an den arabischen Umbrüchen im Jahr 2011 hatte und welche Rolle sie in einem möglichen, fortschreitenden Demokratisierungsprozess spielen wird. Da sich die Vorgänge schwer anhand einer einzelnen Theorie erklären lassen, werden mehrere Ansätze miteinbezogen: Mit Hilfe der Diffusionstheorie wird dargestellt, wie es zur Ausbreitung revolutionären Gedankenguts kommt, das schließlich zu einem Identitätswandel in der Gesellschaft führen kann. Danach lässt sich anhand der Überlegungen der zwei deutschen Politikwissenschaftler Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf Transformationsprozesse in drei Phasen untergliedern: die Liberalisierungsphase, die Demokratisierungsphase und die Konsolidierungsphase.

Die Zivilgesellschaft wird in dieser Arbeit angelehnt an die Definition des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - als „Bereich innerhalb der Gesellschaft [gesehen], der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist“. Die Diffusionstheorie erklärt, dass sich im Falle der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens ein Wertewandel vollzogen hat, der zur Bildung von sozialen Bewegungen und zur Ausweitung zivilgesellschaftlicher Strukturen geführt hat. Lauths und Merkels Schema der Transformation zeigt, dass sich die arabischen Staaten noch in der Demokratisierungsphase befinden und diesen Prozess noch lange nicht abgeschlossen haben. Traditionelle religiöse Denkweisen könnten den Einfluss der Zivilgesellschaft in Zukunft schwächen. Hier kommt die Europäische Union ins Spiel, die mit Hilfe des linkage-Modells transnationale Verbindungen fördern und so dazu beitragen kann, dass eine dynamische

Zivilgesellschaft den Staat kontrollieren und Input zu Entscheidungsprozessen liefern kann.

1. Die arabischen Staaten im Umbruch

Mit der Grundstimmung der arabischen Bevölkerung hat sich der libanesische Historiker und Journalist, Samir Kassir, genauestens befasst. Er spricht von einer „Ohnmacht“ in der arabischen Seele, einer „Ohnmacht zu handeln, um den eigenen Lebenswillen zu bestätigen“¹. Eingeschüchert seien die Bewohner der arabischen Welt, nicht nur von der Macht des Westens, sondern auch von den autoritären Strukturen, die innerhalb ihrer Staaten herrschten.

Somit wurden auch von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die politischen Strukturen der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens als stabil und unverwundlich angesehen. Die Zusammenarbeit mit autoritären Herrschern und Monarchen und eine positive Nachbarschaftspolitik sollten eine potentielle Gefahr seitens der südlichen Anrainer eindämmen. Umso mehr wurde die Weltgemeinschaft überrascht, als die arabische Ohnmacht im Jahr 2010 zu bröckeln begann: Die Aufstände, die in Tunesien ihren Ursprung hatten, breiteten sich auf die angrenzenden Länder und bald auf die gesamte Region aus. Mit Massendemonstrationen zwangen Revolutionäre ihre Despoten zum Rückzug: Zunächst in Tunesien und Ägypten, gegen Ende des Jahres 2011 auch in Libyen und im Jemen. Der Arabische Frühling war geboren.

Es stellt sich die Frage, welche Einflüsse zu diesem Wandel in der arabischen Identität geführt haben. In der folgenden Arbeit soll untersucht werden, welchen Anteil die Zivilgesellschaft an den Umbrüchen hatte und welche Rolle sie in einem möglichen fortschreitenden Demokratisierungsprozess einnehmen wird. Da sich die Vorgänge

¹ Kassir, Samir: Das arabische Unglück, Berlin 2006, S.13.

schwer anhand einer einzelnen Theorie erklären lassen, werden mehrere Ansätze miteinbezogen, die einen Beitrag zur Untersuchung leisten: Ein genauer Blick auf den Begriff der 'Zivilgesellschaft', ihre Entstehungsvoraussetzungen und die Wirkung von Diffusionsprozessen soll helfen, den Identitätswandel der arabischen Bevölkerung zu erklären, der zur Entstehung sozialer Bewegungen und einer Etablierung zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt hat. Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel, zwei deutsche Politikwissenschaftler und Sozialforscher, haben den Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf Transformationsprozesse untersucht². Ihre Überlegungen sollen helfen zu belegen, dass die Zivilgesellschaft einen nicht unerheblichen Einfluss auf die arabischen Revolutionen hatte. Zu guter Letzt wird die Rolle der Europäischen Union als externer Akteur analysiert. Es soll festgestellt werden, ob eine Einmischung ihrerseits angebracht ist und welche Mittel sie zur Stärkung der arabischen Zivilgesellschaft einsetzen kann.

2. Die Rolle der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt

2.1 Zivilgesellschaft – eine Begriffserklärung

2.1.1 Begriffsgeschichte und Definition

Mit dem Phänomen der Zivilgesellschaft haben sich bereits zahlreiche Wissenschaftler auseinandergesetzt. Besondere Beachtung fand das Thema während der Transformationsprozesse in Lateinamerika und Osteuropa. Doch Überlegungen zu bürgerlicher und ziviler Gesellschaft gehen bis in die Antike zurück und lassen sich in drei Diskussionslinien unterteilen.³ Der

² Vgl. Lauth, Hans-Joachim/ Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und Transformation, Mainz 1997, S.15-49.

³ Vgl. Thiery, Peter: Zivilgesellschaft – ein liberales Konzept?, in: Lauth, Hans-Joachim/ Mols, Manfred/ Weidenfeld, Werner (Hrsg): Zur Relevanz politischer Diskurse. Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwen-

traditionelle Teil der Diskussion bezieht sich auf Aristoteles' Polis, eine bürgerliche bzw. politische Gesellschaft in Abgrenzung zur Familie. Ihm folgten Alexis de Tocqueville, der die Grundlagen der amerikanischen Demokratie anhand der Gesellschaft und des Staates analysierte⁴, und die neorepublikanische Theoretikerin Hannah Arendt, die Zivilgesellschaft als „politisch-öffentliche[n] Raum [sieht], in dem in kommunikativen Prozessen Macht und politische Legitimation überhaupt erst entstehen“⁵. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas knüpft mit seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“⁶ an diese Sichtweise an und fasst soziale Bewegungen und kritische Öffentlichkeit, die von den Massenmedien beeinflusst zwischen System und Lebenswelt agieren, in seinem späteren Werk „Faktizität und Geltung“⁷ unter dem Begriff Zivilgesellschaft zusammen.⁸

Die neuzeitliche Diskussionslinie liberaler Denker wie John Locke sieht die „Civil Society [als] [...] vopolitische Gesellschaft“, die „dem staatlichen Bereich strikt entgegengesetzt ist“⁹. Die dritte Linie geht auf Georg Wilhelm Friedrich Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts“¹⁰ aus dem Jahr 1821 zurück, die von Karl Marx und Friedrich Engels unter Einbezug von Änderungen und kritischen

dung und sozialen Gerechtigkeitsutopien, Mainz 1992, S.71.

⁴ Vgl. Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1959.

⁵ Klein, Ansgar: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen 2001, S.381.

⁶ Vgl. Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981.

⁷ Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992.

⁸ Vgl. Adloff, Frank: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt am Main 2005, S.79-81.

⁹ Thiery, Zivilgesellschaft – ein liberales Konzept?, a.a.O., S.71.

¹⁰ Vgl. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Frankfurt am Main 1986.

Überlegungen fortgeführt wurden. Auch für Hegel liegt die bürgerliche Gesellschaft zwischen Staat und Familie, allerdings ist dies eine Gesellschaft nutzenmaximierender Wirtschaftsbürger, wodurch für ihn die „mit dem Kapitalismus verbundene Gefahr einer wachsenden sozialen Ungleichheit“¹¹ steigt. Der marxistische Philosoph Antonio Gramsci schließlich untersuchte im frühen 20. Jahrhundert den Grund für das Scheitern des Kommunismus im Westen und stieß dabei auf eine starke westliche 'società civile', die im „öffentlichen Raum teil[nimmt] am Kampf um die kulturelle Hegemonie“¹² und damit zu einer Stabilisierung des Kapitalismus beiträgt.

Eine moderne Definition des Begriffs gibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Zivilgesellschaft als „Bereich innerhalb der Gesellschaft [sieht], der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist“.¹³ Angehörige des Staatsapparates und Mitglieder politischer Parteien werden somit nicht als zivilgesellschaftliche Akteure bezeichnet, ebenso wenig wie Familien oder Unternehmen. Vielmehr ist es die „Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes [...] in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen“.¹⁴ Diese Begriffsauslegung wird für die Ausführungen dieser Arbeit Gültigkeit haben, auch wenn es verschiedene Betrachtungsweisen gibt, die den Begriff enger oder weiter definieren.

¹¹ Adloff, Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, a.a.O., S.32.

¹² Klein, Der Diskurs der Zivilgesellschaft, a.a.O., S.109.

¹³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Lexikon der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft, <http://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, letzter Zugriff am 31.07.12

¹⁴ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Lexikon der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft, <http://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, letzter Zugriff am 31.07.12.

2.1.2 Voraussetzungen für eine dynamische Zivilgesellschaft und ihre Aufgaben

Aus den oben genannten Denkweisen ergeben sich zusammengefasst wichtige Eigenschaften einer Zivilgesellschaft. Ihre Akteure müssen die Möglichkeit haben, autonom zu handeln, also ohne das Eingreifen oder die Kontrolle des Staates fürchten zu müssen. Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel betonen in ihren Ausführungen zu Zivilgesellschaft und Transformation zudem die „Prinzipien der Toleranz, der Fairness [und] des Bürger sinns“.¹⁵ Gewaltanwendung durch zivilgesellschaftliche Akteure ist somit ausgeschlossen.

Ziel einer pluralistischen und dynamischen Zivilgesellschaft ist es, die Effizienz staatlichen Handelns zu kontrollieren, gegebenenfalls Kritik zu üben und Beiträge zur Entscheidungsfindung zu leisten. Diese Mechanismen können nur sichergestellt werden, wenn in den betroffenen Gesellschaften Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegeben ist. Eine funktionierende Zivilgesellschaft kann nur entstehen, wenn sie Raum hat, sich zu entfalten. Sie braucht eine Öffentlichkeit, einen Ort, an dem Meinungen gebildet, ausgetauscht, reflektiert und geändert werden können. Schon Aristoteles' Polis brauchte die Agora, den Versammlungsort. Denn „ohne Orte der Versammlung ist bürgerliche oder zivile Gesellschaft, ist auch Demokratie nicht denkbar“.¹⁶

Ein weiterer wichtiger Faktor einer dynamischen Zivilgesellschaft ist eine freie Medienlandschaft, die durch die großflächige Verbreitung unzensurierter, umfassender Informationen eine freie Meinungsbil-

¹⁵ Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, S.22.

¹⁶ Wettig, Hannah: Zivilgesellschaft und arabische Revolution, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte Nr.1+2/2012, <http://schattenblick.net/infopool/buerger/fakten/bfai0082.html>, letzter Zugriff am 05.08.12.

dung und einen freien Meinungsaustausch erst ermöglicht.

2.1.3 Diffusionsprozesse und ihre Wirkung

Nun gilt es zu untersuchen, welche Faktoren dazu führen, dass sich unter erfüllten Voraussetzungen eine Zivilgesellschaft bildet. Um dies zu verstehen, muss berücksichtigt werden, dass praktisch jede Gesellschaft bestimmten externen Einflüssen ausgesetzt ist, welche mit Hilfe des Konzepts der Diffusion näher betrachtet werden können. Hans-Joachim Lauth untersuchte das Phänomen der Demokratiediffusion und kommt, gemeinsam mit dem Soziologen und Politikwissenschaftler Gert Pickel, zu folgender Definition: „Das grundlegende Phänomen der Diffusion bezieht sich im Allgemeinen auf eine Idee oder Innovation, die sich ohne spezifische Förderung über Grenzen hinweg verbreitet.“¹⁷ Es ist also möglich, dass sich bestimmte Werte, Normen, Denkweisen und Handlungsmuster zwischen Menschen übertragen und so in verschiedenen Regionen neue Impulse hervorrufen können. Dabei werden drei Stufen der Verbreitung unterschieden.¹⁸ 1. Die kognitive Kenntnis einer Information, d.h. ihr Erreichen des Empfängers, ist noch nicht ausreichend, zusätzlich muss die Idee 2. akzeptiert und für gut befunden werden. Im 3. Schritt wird die neue Erkenntnis umgesetzt, und erst mit dieser Verhaltensänderung ist die Diffusion abgeschlossen.

Es gibt mehrere Wege, auf denen eine Innovation übertragen werden kann.¹⁹ Den einfachsten stellen wohl die Massenkommunikationsmittel dar, da sie Informationen schnell und flächendeckend verbreiten

¹⁷ Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert: Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, in: Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne (Hrsg): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden Baden 2009, S. 39/40.

¹⁸ Vgl. Lauth/ Pickel, Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, a.a.O., S.40.

¹⁹ Vgl. Lauth/ Pickel, Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, a.a.O., S.41.

können. Diffusionsprozesse können aber auch über Akteursnetzwerke erfolgen, unter die beispielsweise die Kommunikationswege internationaler Organisationen fallen. Weitere Möglichkeiten ergeben sich durch Migranten und Personen, die sich in Schulen, Universitäten oder Unternehmen im Ausland Regeln und Wissen angeeignet haben und dieses nach ihrer Rückkehr in die Heimat propagieren. Lauth und Pickel betonen, dass bei solchen Prozessen nicht nur Regierungen und Eliten angesprochen werden, sondern „alle Akteure, die auf politische Entscheidungen Einfluss haben, damit auch intermediäre Gruppen und alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger“²⁰.

Die Übertragung von demokratischen Werten ist für die Zivilgesellschaft besonders entscheidend. Denn nach oben genannter Definition verfügen zivilgesellschaftliche Akteure nicht nur über demokratische Eigenschaften und Ansichten, sie ermöglichen mit ihrer Arbeit auch eine Etablierung und Festigung demokratischer Strukturen. Demokratiediffusion stellt somit den Ausgangspunkt einer dynamischen Zivilgesellschaft dar. Sie kann entweder durch die direkte Verbreitung demokratischer Werte oder Institutionen und Verfahren erfolgen oder durch eine Veränderung des Rezeptors zustande kommen, der eine bereits bekannte Information plötzlich als attraktive Neuigkeit erkennt. Auch veränderte Handlungsspielräume können zu einsetzenden Diffusionsprozessen führen.²¹

2.1.4 Einflüsse der Zivilgesellschaft auf Transformationsprozesse

Eine kontrollierende Zivilgesellschaft entsteht also oftmals, wenn sich demokratisches Gedankengut durch Diffusion und Meinungsaustausch in einer Gesellschaft verbreitet und dieses mit Hilfe von Institutionen durchgesetzt werden soll. Uneinigkeit herrscht jedoch bisher bei der Frage, ob die Zivilgesellschaft bei der Demokrati-

²⁰ Lauth/ Pickel, Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, a.a.O., S.41/42.

²¹ Vgl. Lauth/ Pickel, Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, a.a.O., S.47.

sierung eines Staatsapparats wirklich einen ernsthaften Stellenwert einnimmt und sogar einen Regimewechsel einleiten kann.

Dabei unterscheiden Lauth und Merkel drei Schritte der Transformation:²² In der Liberalisierungsphase bildet sich ein zivilgesellschaftliches Gegengewicht zum autoritären oder totalitären Staat. Dabei verbünden sich Individuen, die Demokratie und Menschenrechte durchsetzen wollen, und stellen sich meist kollektiv gegen den Staat, um diesen zur Übernahme ihrer Werteinstellungen zu bewegen. „Abhängig von ihren Mobilisierungspotentialen kann 'die' Zivilgesellschaft [dabei] durchaus zu den stärksten Protagonisten des Systemwechsels avancieren“²³. In der zweiten, der Demokratisierungsphase, kommt die Bewegung zu ihrem Höhepunkt. Denn das Ende der autoritären oder totalitären Herrschaftsform gibt der Zivilgesellschaft viel Freiraum, sich zu entfalten. In der Konsolidierungsphase hingegen stagniert die Ausbreitung der Zivilgesellschaft meist wieder. Denn zum einen sind die Ambitionen der Akteure, Freiheit und Menschenrechte zu etablieren, realisiert worden, zum anderen entstehen Parteien und andere politische Akteure, die über eine breitere Legitimation und einen größeren Handlungsspielraum verfügen.

Jedoch machen Lauth und Merkel auch auf die Probleme der Zivilgesellschaft aufmerksam, die häufig erst in der Konsolidierungsphase bewusst werden und ihrer Demokratisierungsfunktion möglicherweise im Wege stehen.²⁴ Denn auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen können ausgeprägte Machthierarchien vorherrschen, die einseitig ausgenutzt werden und zu Spannungen führen. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die Akteure entlang bereits bestehender gesellschaftlicher Trenn-

linien eines Staates gruppieren und es damit zu „wachsender Ignoranz und Fremdheit gegenüber der jeweils anderen Gruppe“²⁵ kommt. Eine übertriebene Differenzierung zwischen Zivilgesellschaft und Staat könnte ferner ein gegenseitiges Misstrauensverhältnis verursachen, was eine effektive Arbeit beider Seiten behindern würde.

In jede Situation muss also differenziert betrachtet werden, ob eine entstehende Zivilgesellschaft an einer ernsthaften Demokratisierung interessiert ist oder anfällig für die genannten Probleme wird. Durchaus können zivilgesellschaftliche Akteure aber Veränderungen hervorrufen und die Festigung demokratischer Strukturen unterstützen.

2.2 Arabische (Zivil-)Gesellschaft

2.2.1 Ausgangssituation

Basierend auf den Erläuterungen zur Rolle der Zivilgesellschaft während Transformationen stellt sich die Frage, ob auch die arabische Zivilgesellschaft einen Beitrag zu den dortigen Revolutionen leistete. Um dies beantworten zu können, wird im Folgenden zunächst ein Überblick über die Ausprägung einer Zivilgesellschaft vor Beginn der Umbrüche gegeben. Dabei wird ersichtlich, dass die Lage in den einzelnen Ländern Nordafrikas bzw. des Nahen Ostens recht unterschiedlich war. Während beispielsweise das Regime Muammar al-Gaddafis in Libyen durch ständige Überwachung praktisch jede Form einer zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit unterbunden hatte, hatten sich in Ägypten und Tunesien durchaus einige Akteure in Menschenrechtsgruppen oder wissenschaftlichen Instituten zusammengeschlossen. Trotzdem waren die bestehenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oft nicht autonom, sondern laut Cilja Harders, Leiterin der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients an der Freien

²² Vgl. Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, a.a.O., S.31-40.

²³ Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, a.a.O., S.34

²⁴ Vgl. Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, a.a.O., S.28-30.

²⁵ Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, a.a.O., S.28.

Universität Berlin, vom Staat „kontrolliert, eingeschüchtert oder auch eingebunden als System-Opposition“²⁶. Experten sprechen hierbei von Quasi-Nicht-Regierungsorganisationen (QUANGOs) oder Regierungs-Nicht-Regierungsorganisationen (GONGOs) als Mittel der autoritären Herrscher, das Bedürfnis der Menschen, ihre Werte zivilgesellschaftlich zu institutionalisieren, zwar zu erfüllen, die Kontrolle über Inhalte und Mitarbeiter aber nicht aus der Hand zu geben.²⁷ Tobias Schumacher, Politikwissenschaftler der Universität Lissabon, spricht im Falle Marokkos zum Beispiel von 35.- 40.000 vom König überwachten NGOs, die nur so lange unabhängig agieren können, wie sie sich nicht in dessen Belange einmischen.²⁸

2.2.2 Wandel der arabischen Identität

Schumacher bezeichnet die arabische Bevölkerung als eine „Bürgergesellschaft, die in vielen Bereichen prämodern organisiert und strukturiert ist, tradierten Werten folgt und sich vor allem an religiösen Institutionen orientiert“.²⁹ Lange Zeit haben der politische Wille und die Durchsetzungskraft der Menschen gefehlt, um sich der Kontrolle durch die Despoten zu entziehen. Doch es sind Veränderungen beobachtbar, die das von Samir Kassir beschriebene „Ohnmachtsgefühl“ widerlegen. Die Diffusion von demokratischen Werten und Ideen in die Gesellschaft stößt bei den Ju-

gendlichen der arabischen Welt auf fruchtbaren Boden. Bereits Lauth und Pickel beschreiben als Möglichkeit einer erfolgreichen Demokratiediffusion einen veränderten Empfänger.³⁰ So vollzieht sich auch in den arabischen Ländern ein Identitätswechsel, weil die junge und modern eingestellte Generation die Missstände in ihren Ländern - hohe Jugendarbeitslosigkeit, Wohlstandsgefälle, Korruption und Unterdrückung - nicht mehr hinnehmen will.

Als Diffusionsweg spielen moderne Massenkommunikationsmittel eine wichtige Rolle. Überregionale und weitgehend unzensurierte Fernsehsender wie Al Jazeera fördern die Verbreitung von Informationen, das Internet und soziale Netzwerke schaffen die Basis für weitere Vernetzung und einen beschleunigten Meinungsaustausch. Außerdem entstehen in sozialen Netzwerken die für eine Zivilgesellschaft erforderlichen Orte des Austauschs. Mit Beginn der 2000er Jahre breitete sich nicht nur eine, von heimkehrenden Migranten ins Leben gerufene, „Kaffeehauskultur“ in den arabischen Städten aus, die einen Ort für Diskussionen und Debatten schuf³¹. Auch nutzen die „jungen Menschen [- die] bisher im öffentlichen Leben nur eingeschränkt die Freiheit [hatten], ihre Ideen und Vorstellungen zu äußern und zu diskutieren – [...] [heute] länderübergreifend virtuelle und mediale Freiräume zur intensiven Kommunikation“.³² Jörg Armbruster, der bei seiner Arbeit als Korrespondent der ARD in Kairo den direkten Kontakt zu Einheimischen sucht, konnte beobachten, dass Meinungsfreiheit und die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen viel wichtiger geworden sind. Die arabischen Jugendlichen hätten „entdeckt [...],

²⁶ Kroll, Janina: Zivilgesellschaftliche Bewegungen im arabischen Raum. Interview mit Prof. Dr. Cilja Harders, in: BBE Europa-Nachrichten 2/2011, o.O., S.3, http://www.b-b.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/en2_harder_s.pdf, letzter Zugriff am 05.08.12.

²⁷ Vgl. Kroll, Zivilgesellschaftliche Bewegungen im arabischen Raum, o.O., S.3.

²⁸ Vgl. Wurzel, Hanne: Internationale Gemeinschaften und Konsequenzen für die EU-Politik. Workshop mit Almut Möller und Prof. Dr. Tobias Schumacher, Bensberger Gespräche der bpb 2012, S.2, <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/bensberger-gespraech>, letzter Zugriff am 02.08.12

²⁹ Wurzel, Internationale Gemeinschaften und Konsequenzen für die EU-Politik. Workshop der bpb 2012, S. 2.

³⁰ Vgl. Lauth/ Pickel, Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, a.a.O., S.47

³¹ Vgl. Wettig, Zivilgesellschaft und arabische Revolution, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte Nr.1+2/2012

³² El Difraoui, Asiem: Die Chance zum echten Dialog, Berlin 2012, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/dialog-mit-der-arabischen-jugend.html>, letzter Zugriff am 02.08.12.

dass es lohnt, sich in Politik einzumischen³³ und wüssten genau, auf welche Weise dies erfolgen soll. Religion soll sich aus der Politik heraushalten, denn „im Koran stünde nichts davon, dass man mit Religion Politik machen muss“.³⁴ Ein Wandel in der arabischen Mentalität ist deutlich spürbar, Engagement hat Politikverdrossenheit verdrängt – zumindest in den jüngeren Generationen.

2.2.3 Etablierung einer Zivilgesellschaft

2.2.3.1 Liberalisierungsphase

Infolge der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung und der erleichterten Kommunikation entwickelten sich zahlreiche soziale Bewegungen, vor allem der jungen Leute, aber auch von Arbeitern, Gewerkschaftlern, Frauen und Bürgerrechtlern. Schon 2002 beobachtete Michael Lange, damals Leiter des Länderprogramms Ägypten der Konrad-Adenauer-Stiftung, „Vorstellungen von Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit“ und einen sich infolgedessen „weiter diversifizierenden ‚Freiraum [...] des politischen Diskurses‘ mit erkennbaren Pluralisierungs- und Verjüngungstendenzen“³⁵. Die Menschen bestehen also auf die Realisierung von Menschenrechten und möchten sie – wenn schon nicht vom Staat garantiert – notfalls auch selbst umsetzen.

Einerseits zweifeln einige Wissenschaftler noch immer an der Verwendung des Begriffes einer arabischen Zivilgesellschaft. Denn zum einen fanden viele Protestaktionen unter Einfluss von Gewalt statt. In Libyen und Syrien eskalierten die Proteste sogar zu Bürgerkriegen, was nicht mehr unter dem zivilgesellschaftlichen Attribut der friedlichen Wertedurchsetzung steht.

³³ Armbruster, Jörg: Der arabische Frühling. Als die islamische Jugend begann, die Welt zu verändern, Frankfurt 2011, S.218

³⁴ Armbruster, Der arabische Frühling, a.a.O., S.218

³⁵ Lange, Michael: Globalisierung, Zivilgesellschaft und Konfliktprävention in Ägypten, Sankt Augustin 2002, <http://www.kas.de/wf/de/33.493>, letzter Zugriff am 04.08.12

Zum anderen war und ist der Einfluss von autoritären Herrschern, Monarchen oder Militärregimen groß. Für Tobias Schumacher „gibt es in Nordafrika [...] gar keine Zivilgesellschaft im eigentlichen Sinne, sondern lediglich ein sehr disparates Feld vermeintlich zivilgesellschaftlicher Akteure im Sinne des englischsprachigen Verständnisses [sic!] von ‚civic society‘“³⁶.

Andererseits können Wissenschaftler vermehrt positive Entwicklungen einer entstehenden Zivilgesellschaft feststellen, nicht nur in Ägypten³⁷. In Tunesien gibt es zahlreiche Gewerkschaften, Verbände und Interessengruppen, außerdem findet in Tunis das Weltsozialforum 2013 unter dem Thema „Würde“ statt, das an den dortigen Beginn des arabischen Frühlings erinnern soll. Auch in Libyen, wo unter Gaddafis Herrschaft „jegliche politische Meinungsäußerung, und sei es im engsten Freundeskreis, zur sofortigen Verhaftung führen“³⁸ konnte, bilden sich heute Gruppierungen, die für ihre Rechte eintreten. Ende 2011 debattierten auf Einladung der Organisation „The Voice of Libyan Women“ Aktivistinnen fünf Tage lang über die Rolle der Frau im neuen Libyen. Sie gaben sich nicht mit einfachen Antworten der Politiker zufrieden, sondern verlangten, „Frauenrechte explizit in der Verfassung festzuschreiben [sic!] und die Sharia frauenfreundlich zu interpretieren“³⁹. Es ist ein neues Phänomen in den arabischen Ländern, dass Frauen – teilweise sogar gegen den Willen ihrer Männer – auf die Straße gehen und für ihre Rechte eintreten. So leisteten sie keinen unwesentlichen Beitrag zur Etablie-

³⁶ Wurzel, Internationale Gemeinschaften und Konsequenzen für die EU-Politik. Workshop der bpb 2012, S.2

³⁷ Vgl. Kroll, Zivilgesellschaftliche Bewegungen im arabischen Raum, o.O., S.1

³⁸ Wettig, Zivilgesellschaft und arabische Revolution, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte Nr.1+2/2012

³⁹ Al-Zubaidi, Layla: Die Rolle der Frauen nach dem Bürgerkrieg in Libyen: Eine zweite Revolution, Tripolis 2011, <http://www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-frauen-libyen-konferenz-13334.html>, letzter Zugriff am 04.08.12

rung einer neuen arabischen Identität und zur Einleitung der Reformprozesse.

2.2.3.2 Demokratisierungsphase

Die sozialen Bewegungen haben somit unbestreitbar eine große Rolle für die Regimewechsel in den arabischen Ländern gespielt. In der Tat streitbar ist jedoch, ob diese stark genug sein werden, die Demokratisierungsphase zu überstehen und eine Konsolidierungsphase einzuleiten. Lauth und Merkel gehen davon aus, dass „bei Systembrüchen, die durch Revolutionen beziehungsweise durch außerordentliche soziale Mobilisierungen erzwungen werden, [...] der temporäre Einfluß der Zivilgesellschaft möglicherweise am größten“⁴⁰ ist, da der Regimewechsel unkontrolliert geschieht und sich somit große Gestaltungsspielräume für die Zivilgesellschaft ergeben. Dies würde bedeuten, dass Länder wie Ägypten, Tunesien oder Libyen, in denen revolutionäre Systemwechsel stattgefunden haben, über eine besonders ausgeprägte Zivilgesellschaft verfügen könnten. Jedoch verfügen die genannten Staaten zwar über sichtbares, aber doch eher langsames Wachstum demokratischer Eigenynamik. Gründe dafür sind zum einen repressive Gesetze, die Eingriffe in NGOs und Medien seitens des Staates erlauben. Das „civil society law“ in Ägypten hätte sogar Mindestbeträge an Eigenmitteln vorausgesetzt, welche das Ende für viele Organisationen bedeuten würden⁴¹. Es wurde zwar nicht in seiner vollen Wirkungskraft verabschiedet, dennoch bringen derartige Gesetzesvorschläge oftmals Autonomieverluste für die Zivilgesellschaft mit sich. Zum anderen sind „civic traditions“ dafür verantwortlich, dass verfestigte kulturelle Verhaltensmuster beibehalten werden und

eine Demokratisierung behindern.⁴² Obwohl säkular eingestellte Jugendliche eine Trennung von Religion und Politik fordern, ist der religiöse Einfluss in den arabischen Ländern trotzdem noch so groß, dass „Ansprüche auf Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und politische[...] Partizipation [...] durch Elemente des islamischen Rechts eingeschränkt bzw. relativiert“⁴³ werden. In der Demokratisierungsphase ist also eine starke Entwicklung der Zivilgesellschaft möglich, aber nicht zwingend gegeben. Es ist ebenso denkbar, dass die arabischen Länder eine Islamisierung mit Besinnung auf die Scharia einer Annäherung an westliche Standards vorziehen. So entschied sich die ägyptische Bevölkerung 2012 für Mohammed Mursi als neuen Präsidenten, einen religiös konservativen Muslimbruder, für den der Islam die Lösung zu Ägyptens Problemen sein kann. Auch in Tunesien regiert die moderat islamistische Ennahda als führende Partei in einer Koalitionsregierung und in Libyen soll die Scharia Grundlage einer neuen Gesetzgebung werden.

2.2.3.3 Konsolidierungsphase

Wie die Zukunft der arabischen Umbruchstaaten aussehen wird, kann nicht genau gesagt werden. Eine gefestigte demokratische Konsolidierungsphase hat bisher keines der Länder erreicht. Die gewählten Präsidenten müssen es erst schaffen, Ungleichheiten abzubauen und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen. Hoffnungen und Forderungen der jungen Demonstranten müssen ernst genommen werden, denn ohne die Unterstützung der Studenten und Jugendlichen wird eine neue Staatsordnung schwer durchzusetzen sein. Jörg Armbruster weist zusätzlich darauf hin, dass im Falle einer Verwirklichung von demokratischen Systemen, „diese Demokratien [...] am Ende anders aussehen [werden] als unsere [westlichen], islamisch sicherlich,

⁴⁰ Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, S.36.

⁴¹ Vgl. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: Ein repressives Gesetz soll die Zivilgesellschaft strangulieren. Gemeinsame Erklärung von 71 ägyptischen Nichtregierungsorganisationen, o.O. 2010, <http://www.igfm.de/AEgypten-Ein-repressives-Gesetz-soll-die-Zivilgesellschaft-strangulieren.1453.0.html>, letzter Zugriff am 04.08.12

⁴² Vgl. Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, S.36/37

⁴³ Lange, Globalisierung, Zivilgesellschaft und Konfliktprävention in Ägypten, a.a.O.

aber nicht automatisch islamistisch⁴⁴. Europa sollte dies akzeptieren und den jungen Demokratien zu Stärkung verhelfen. Denn die Zivilgesellschaft darf nicht außer Acht gelassen werden in einer Phase, in der sie oft an Kraft verliert und ihre Probleme offenbart⁴⁵. Nur mit Hilfe einer starken Zivilgesellschaft können Reformen des neuen Staatsapparats überwacht, um Ideen und Innovationen ergänzt und die Bewahrung demokratischer Werte gewährleistet werden. Der EU als externer Akteur wird hierbei eine wichtige Aufgabe zuteil.

2.3 Die Europäische Union als externer Akteur

2.3.1 Bottom-up linkage zur Förderung von Demokratisierung

Es gibt zwei traditionelle Wege, Demokratisierung zu fördern. Die erste Möglichkeit - das leverage-Modell – sieht eine intergouvernementale Kooperation mit den Regierungen vor, also eine Demokratisierung von oben nach unten („top-down“). Die zweite Möglichkeit dagegen – das linkage-Modell – wendet sich an die Zivilgesellschaft eines Staates und versucht so, „soziale[...], ökonomische[...] und politische[...] Verflechtungen (*linkage*) zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Staaten“⁴⁶ zu fördern. Dadurch werden die Akteure des betroffenen Landes aktiviert, die Demokratisierung selbst in die Hand zu nehmen. Geschehen kann dies auf direktem Wege durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisati-

onen oder indirekt durch den Ausbau von Handelsbeziehungen.⁴⁷

2.3.1.1 Politische Stiftungen

Transnationale Verbindungen zwischen Europa und den Staaten Nordafrikas bzw. des Nahen Ostens bestehen seit langem durch die Präsenz politischer Stiftungen und Kulturinstitutionen wie dem Goethe-Institut. Die Zusammenarbeit geht teilweise bis in die 60er Jahre zurück, wodurch die deutschen Mitarbeiter intensives Wissen über die jeweiligen Ländern erwerben konnten. In Kooperation mit lokalen Gruppen und Organisationen werden Projekte dementsprechend individuell auf jedes Land angepasst. Die Aktivistin Fidé Hamami von der „Tunesischen Liga für die Verteidigung der Menschenrechte“ weist auf die Bedeutung von Netzwerken zwischen NGOs in arabischen und europäischen Ländern hin, um „den Aktivismus aufrecht zu erhalten“. So könnten „praktische methodische Dinge [...] wie Interessenvertretung und Kampagnenorganisation“⁴⁸ erlernt werden. Ziel der europäischen Stiftungen ist es außerdem, die arabische Bevölkerung über ihre Rechte aufzuklären, Workshops und Diskussionen zu aktuellen politischen Geschehnissen zu organisieren, Konfliktbearbeitung zu leisten und somit nachhaltig eine entstehende Zivilgesellschaft zu stärken.⁴⁹

2.3.1.2 Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel

Auch die EU hat ihre wichtige Rolle als externer Akteur erkannt und begegnet den Geschehnissen des arabischen Frühlings

⁴⁴ Armbruster, Der arabischer Frühling, a.a.O., S.231.

⁴⁵ Vgl. Lauth/ Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation, a.a.O., S.38-42.

⁴⁶ Freyburg, Tina/ Lavenex, Sandra/ Schimmelfenig, Frank/ Scholtz, Hanno/ Skripka, Tatiana/ Wetzel, Anne: Neue Wege der externen Demokratieförderung. Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, in: Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne (Hrsg): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden Baden 2009, S.170.

⁴⁷ Vgl. Freyburg et al., Neue Wege der externen Demokratieförderung, a.a.O., S.174.

⁴⁸ Dinkelake, Christopher: Interview mit tunesischer Menschenrechtsaktivistin Fidé Hamami: „Unsere Revolution ist nicht in Gefahr“, o.O. 2011, <http://www.alsharq.de/2011/11/interview-mit-tunesischer.html>, letzter Zugriff am 05.08.12

⁴⁹ Vgl. z.B. Friedrich Ebert Stiftung: Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika, <http://www.fes.de/international/nahost>, letzter Zugriff am 05.08.12.

mit „eine[r] neue[n] Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“. ⁵⁰ Darin ist vorgesehen, nicht nur mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, sondern eine „Partnerschaft mit der Gesellschaft“ aufzubauen und gemäß des „bottom-up-Prinzips“ die Zivilgesellschaft zu stärken. Dafür soll vor allem die Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sichergestellt und Pluralismus gefördert werden. Ein „Europäischer Fond für Demokratie“ soll Parteien, NGOs und Gewerkschaften, die sich für Demokratisierung einsetzen, unterstützen. Zudem werden 22 Millionen Euro EU-Mittel in einer „Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft“ gebündelt, um lokale NGOs finanziell und durch entsprechendes Know-How zu stützen. ⁵¹

Die EU möchte außerdem eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung sicherstellen und effiziente regionale Partnerschaften aufbauen. Dafür sind intensivierte Handelsbeziehungen und Direktinvestitionen, auch in peripheren, strukturschwachen Gebieten, vorgesehen. In sektorbezogener Zusammenarbeit soll ein gemeinsamer Raum für Wissen und Innovation geschaffen werden, der Mobilitätsmaßnahmen für Studierende erleichtert und Menschen, die in europäischen Ländern Arbeitserfahrung sammeln wollen, den Erhalt eines Visums ermöglicht. ⁵²

2.3.2 Einmischung – ja oder nein?

Die Arbeit der EU in der arabischen Welt wird jedoch nicht von allen Seiten positiv gesehen. Europäische Politiker kooperierten lange Zeit mit den Despoten, weshalb vielen Wissenschaftlern der plötzlich starke Einsatz für Demokratie unglaubwürdig vorkommt. Zudem bestehen Zweifel, ob mit den EU-Geldern tatsächlich NGOs

unterstützt werden, oder ob zum Teil Staat oder Militär weiterhin die Kontrolle über einige der Organisationen haben. Negativ bewertet wird auch die Abhängigkeit vom Ausland. Der Politikwissenschaftler Carsten Albrecht spricht hierbei von spendenfinanzierten Nichtregierungsorganisationen (DONGOs), die „ihre Agenda stark von den Präferenzen der Spender“ ⁵³ abhängig machen. Häufig seien Entscheidungen der autoritären Herrscher – wenn überhaupt – nur auf Druck des zahlungskräftigen Auslands und unter Androhung der Aussetzung von Hilfszahlungen beeinflusst worden. Die Meinung der eigenen Bevölkerung bliebe dagegen häufig ungehört.

Schließlich konnten die Regime dem Druck der unzufriedenen Bevölkerung aber nicht mehr standhalten, was die Situation weitreichend verändert hat. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, vertritt die Meinung, dass „die Aufbruchsgeneration [...] Europa gegenüber [mittlerweile] ausgesprochen freundlich gesinnt [sei und sie] [...] durchaus konkrete Erwartungen an Europa“ ⁵⁴ habe, die eben genau die Maßnahmen der neuen Nachbarschaftspolitik beinhalten. Um die europäische Glaubwürdigkeit zu bewahren, sollten die Interessen die die EU an der Stabilisierung der Region hat, klar benannt werden. Auch muss die EU freie Wahlen und Reformen der arabischen Länder anerkennen, selbst wenn deren Ergebnisse nicht immer in ihrem Interesse liegen mögen. Das heißt jedoch nicht, dass an der Verletzung von demokratischen Werten wie Menschenrechten oder Gleichheit nicht Kritik geübt werden darf bzw. sogar

⁵⁰ Vgl. EU-Kommission: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 2011.

⁵¹ Vgl. EU-Kommission, Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, a.a.O., S.5.

⁵² Vgl. EU-Kommission, Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, a.a.O., S.7-15.

⁵³ Albrecht, Carsten: Kolonialismus mit anderen Mitteln. Hintergrund: Westliche Entwicklungshilfe- und Menschenrechtsgruppen meinen es gut mit Ägypten – verstärken aber die Abhängigkeit des Landes von interessierten Spendern, in: Junge Welt, o.O. 08/2011, <http://www.ag-friedensfor-schung.de/regionen/Aegypten/kolonial.html>, letzter Zugriff am 06.08.12.

⁵⁴ Perthes, Volker: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011, S.201/202.

muss.⁵⁵ Dazu gehört auch die Förderung der Demokratisierung und damit einhergehend die Stärkung der Zivilgesellschaft, die unbedingt nötig ist, um die Arbeit der jungen Demokratien zu stützen.

3. Fazit: Eine ganze Region erhebt sich gegen die Unterdrückung

Die Diffusionstheorie eignet sich gut dazu, den Wandel in der arabischen Identität zu erklären, der zur Bildung sozialer Bewegungen und zur Ausweitung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens geführt hat. Es kann mit relativer Sicherheit festgestellt werden, dass soziale Bewegungen und die vom Volk getragene Zivilgesellschaft einen erheblichen Anteil daran hatten, Protestbewegungen ins Leben zu rufen, welche letztendlich zum Sturz der autoritären Herrscher in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen geführt haben.

Dennoch muss relativiert werden, dass viele der NGOs, Vereine, Verbände und Gewerkschaften von einer langjährigen Periode der Kontrolle durch den Staat geprägt sind und sich oft noch in der Aufbauphase befinden. Lauths und Merckels Schema der Transformation beschreibt die verschiedenen Einflussphasen der Zivilgesellschaft, die je nach Stärke und externen Einwirkungen eine Demokratisierung mehr oder weniger fördern kann. Die arabischen Länder stecken noch inmitten eines solchen Demokratisierungsprozesses, dessen Ausgang ungewiss ist. Denn traditionelle religiöse Denkweisen, die in den arabischen Ländern oftmals stark verwurzelt sind, könnten demokratische Strömungen einschränken und verlangsamen. Hier kommt die Europäische Union ins Spiel, die den Willen der Bevölkerung nach einer auf dem Islam basierenden Politik zwar akzeptieren muss, dennoch aber dazu beitragen kann, dass eine dynamische Zivilgesellschaft ihre Aufgaben wahrnehmen, also den Staat kontrollieren und Input in Entscheidungsprozessen liefern kann. Unter

diesen Voraussetzungen besteht die Möglichkeit, die jungen Demokratien zu konsolidieren, ihre Institutionen zu festigen und ihre Werte durchzusetzen. Es bleibt abzuwarten, ob die Forderungen der jungen Generationen nach Partizipation, Bildung und Arbeitsplätzen erfüllt werden.

⁵⁵ Vgl. Perthes, Der Aufstand, a.a.O., S.212/213.

Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank*: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt 2005.
- Albrecht, Carsten*: Kolonialismus mit anderen Mitteln. Hintergrund: Westliche Entwicklungshilfe- und Menschenrechtsgruppen meinen es gut mit Ägypten – verstärken aber die Abhängigkeit des Landes von interessierten Spendern, in: *Junge Welt*, o.O. 08/2011, <http://www.agfriedensfor-schung.de/regionen/Aegypten/kolonial.html>, letzter Zugriff am 06.08.12.
- Armbruster, Jörg*: Der arabische Frühling. Als die islamische Jugend begann, die Welt zu verändern, Frankfurt 2011.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*: Lexikon der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft, <http://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, letzter Zugriff am 31.07.12.
- Dinkelake, Christopher*: Interview mit tunesischer Menschenrechtsaktivistin Fidé Hamami: „Unsere Revolution ist nicht in Gefahr“, o.O. 2011, <http://www.alsharq.de/2011/11/interview-mit-tunesischer.html>, letzter Zugriff am 05.08.12.
- El Difraoui, Asiem*: Die Chance zum echten Dialog, Berlin 2012, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/dialog-mit-der-arabischen-jugend.html>, letzter Zugriff am 02.08.12.
- Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne*: Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden Baden 2009.
- EU-Kommission*: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 2011.
- Freyburg, Tina/ Lavenex, Sandra/ Schimmelfennig, Frank/ Scholtz, Hanno/ Skripka, Tatiana/ Wetzels, Anne*: Neue Wege der externen Demokratieförderung. Demokratisches Regieren in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, in: Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne (Hrsg): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden Baden 2009.
- Friedrich Ebert Stiftung*: Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika, <http://www.fes.de/international/nahost>, letzter Zugriff am 05.08.12.
- Habermas, Jürgen*: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt 1992.
- Habermas, Jürgen*: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich*: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Frankfurt am Main 1986.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte*: Ein repressives Gesetz soll die Zivilgesellschaft strangulieren. Gemeinsame Erklärung von 71 ägyptischen Nichtregierungsorganisationen, o.O. 2010, <http://www.igfm.de/AEgypten-Ein-repressives-Gesetz-soll-die-Zivilgesellschaft-stra.1453.0.html>, letzter Zugriff am 04.08.12.
- Kassir, Samir*: Das arabische Unglück, Berlin 2006.
- Klein, Ansgar*: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen 2001.
- Kroll, Janina*: Zivilgesellschaftliche Bewegungen im arabischen Raum. Interview mit Prof. Dr. Cilja Harders, in: BBE Europa-Nachrichten 2/2011, o.O., http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/02/en_2_harders.pdf, letzter Zugriff am 05.08.12.
- Lange, Michael*: Globalisierung, Zivilgesellschaft und Konfliktprävention in Ägypten, Sankt Augustin 2002, <http://www.kas.de/wf/de/33.493>, letzter Zugriff am 04.08.12.
- Lauth, Hans-Joachim/ Merkel, Wolfgang*: Zivilgesellschaft und Transformation, Mainz 1997.
- Lauth, Hans-Joachim/ Mols, Manfred/ Weidenfeld, Werner*: Zur Relevanz politischer Diskurse. Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien, Mainz 1992.
- Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert*: Diffusion der Demokratie - Transfer eines erfolgreichen Modells?, in: Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne (Hrsg): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden Baden 2009.
- Perthes, Volker*: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011.
- Thiery, Peter*: Zivilgesellschaft – ein liberales Konzept?, in: Lauth, Hans-Joachim/ Mols, Manfred/ Weidenfeld, Werner (Hrsg): Zur Relevanz politischer Diskurse. Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien, Mainz 1992.
- Tocqueville, Alexis de*: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1959.
- Wettig, Hannah*: Zivilgesellschaft und arabische Revolution, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte Nr.1+2/2012,

<http://schattenblick.net/infopool/buerger/fakten/bfai0082.html>, letzter Zugriff am 05.08.12.

Wurzel, Hanne: Internationale Gemeinschaften und Konsequenzen für die EU-Politik. Workshop mit Almut Möller und Prof. Dr. Tobias Schumacher, Bensberger Gespräche der bpb 2012, <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/bensberger-gespraech>, letzter Zugriff am 03.08.12.

Zu diesem Paper

Das vorliegende Paper entstammt der Sonderausgabe der Passauer Jean Monnet Papiere 01/2014: Alexandra M. Schmid (Hg.): „Arabische Zeitenwende? Chancen, Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union“. Die gesamte Ausgabe ist abrufbar unter: <http://www.phil.uni-passau.de/die-fakultaet/lehrstuehle-professuren/politikwissenschaft/european-studies/passauer-jean-monnetpapiere.html>.

Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de einreichen.

Impressum

Universität Passau
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau
E-mail: jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de
Fon: +49 (0)851 509 2981
Fax: +49 (0)851 509 2977
www.uni-passau.de/goeler

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für
lebenslanges
Lernen